

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: 386846 pphh
Telefax: (0228) 9 15 20-12



Inhalt

Dr. Liesel Hartenstein MdB fordert, die Ausbeutung der Natur zu beenden: Waldschäden sind Systemschäden.

Seite 1

Wolfgang Daffinger MdL stellt eine Initiative der baden-württembergischen SPD vor: Integration behinderter Menschen verbessern.

Seite 4

Ralf Walter MdB resümiert die jüngsten Beratungen des Jugenddialogs: Bonn läßt Hälfte der Jugend links liegen.

Seite 5

49. Jahrgang / 16

24. Januar 1994

Waldschäden sind Systemschäden

Die Ausbeutung der Natur muß beendet werden

Von Dr. Liesel Hartenstein MdB

Alle Jahre wieder legt die Bundesregierung ihren Waldbericht auf den Tisch. Vor zehn Jahren, als der erste Bericht erschien, da hat das Krankheitsbild des Waldes in der Politik und in der Öffentlichkeit eine stürmische Debatte ausgelöst; heute ist das offensichtlich eine bloße Routineangelegenheit geworden. Im übrigen hatte die Regierung damals (1984) wenigstens den Mut, ihren Bericht wahrheitsgemäß "Waldschadensbericht" zu nennen; heute ist beschönigend von einem Waldzustandsbericht die Rede. Schon das ist ein unzulässiger Trick; auch ein Sterbenskranker befindet sich noch in einem bestimmten Zustand!

Der Befund ist erschreckend; der Niedergang unserer Wälder beschleunigt sich dramatisch: Von drei Bäumen ist nur noch einer gesund. Die Zuspitzung läßt sich am deutlichsten daran ablesen, daß der Anteil der stark geschädigten Bäume (Schadstufe 2-4) um ein Drittel gestiegen ist. Dabei sind die abgestorbenen Bäume gar nicht mitgerechnet, denn sie werden, schon wegen der Borkenkäfer-Gefahr, laufend herausgeschlagen.

Es bleibt rätselhaft, wie der Regierungssprecher angesichts dieser Entwicklung erklären kann: Nur etwa jeder vierte Waldbaum weise deutliche Schäden auf. Offenbar wird bewußt unterschlagen, daß rund 40 Prozent aller Bäume bereits ein Viertel ihrer Nadeln verloren haben, daß der Lametta-Effekt überall in den Wäldern sichtbar ist und daß Buchen und Eichen ihr Laub schon im August statt im Oktober abwerfen. Die Bäume gehen zwar lautlos, aber unrettbar zugrunde.

Der Regierungsbericht verharmlost die wahre Katastrophe, das ist Augenwischerei. Und er läßt leider auch nicht erkennen, wie die Bundesregierung mit diesem Problem umgehen will.

Politisches Nichtstun ist nicht mehr zu rechtfertigen, denn ein Grund kann keinesfalls mehr gelten, nämlich der, man wisse noch nicht genug! Man weiß längst genug. Die Ursachen sind bekannt, die Hauptschadstoffe sind bekannt: Schwefeldioxid, Stickoxide, Kohlenwasserstoffe, Ammoniak; die Versauerungs- und Zerstörungsmechanismen sind bekannt.

Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217, 53113 Bonn
Postfach 120408, 53046 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Printed in Germany
mit wertvollen Recycling-Papier



Auch die Quellen, aus denen der Giftcocktail für den Wald stammt, können wir exakt benennen: das sind Industrieanlagen, Kraftwerke, der motorisierte Straßenverkehr, die Haushalte und die Landwirtschaft.

Diese Quellen müssen endlich verstopft werden, zumindest müssen die Schadstofffrachten drastisch reduziert werden, sonst können unsere Wälder nicht gesunden.

Waldschäden sind Systemschäden. An dieser Erkenntnis führt kein Weg vorbei. Sie sind das Resultat jahrzehntelanger rücksichtsloser Überlastung und Übernutzung unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Sie sind damit zugleich ein Spiegelbild unseres ausbauteueren Verhältnisses zur Natur.

Mit punktuellen Maßnahmen ist es nicht mehr getan. So wirkungsvoll die Großfeuerungsanlagen-Verordnung zweifellos auch gewesen ist - sie war dennoch nur eine einzige der notwendigen Maßnahmen, sie hat das Sterben der Wälder zwar verlangsamt, aber nicht gestoppt.

Was nützt ist eine grundsätzliche Kursänderung, die tief in gewohnte Produktions- und Verhaltensstrukturen eingreifen wird. Wir brauchen eine Neuorientierung in der Verkehrspolitik, in der Wirtschafts- und Strukturpolitik und in der Landwirtschaftspolitik. Das ist der Kern des Problems.

Aber genau hier bietet die Bundesregierung ein Bild der Hilflosigkeit.

Es ist symptomatisch, daß im Regierungsbericht wiederum - zum wievielten Male? - emsig alle Einzelmaßnahmen aufgezählt werden: die TA Luft, die Kleinf Feuerungsanlagen-Verordnung (1988), die Förderung schadstoffarmer PKW, die Saugrüssel-Verordnung für Tankstellen (1992). Mit spürbarem Stolz wird mit Tabellen hantiert, die zeigen sollen, daß die Bundesrepublik in Europa ein Musterschüler beim Absatz bleifreien Benzins ist und daß ein hoher Anteil von PKW bei Neuzulassungen, nämlich 95 Prozent, heute mit Dreivegekat ausgerüstet ist. Das ist gut so.

Für den Wald zählt aber nur die Gesamtmasse des Schadstoffausstoßes. Leider ist nirgendwo eine Graphik zu finden, die dokumentiert, daß immer noch weit mehr als die Hälfte aller PKW ohne geregelten Kat durch die Lande fährt; nach Aussage des Kraftfahrtbundesamtes sind nur 11,7 Millionen von weit über 30 Millionen PKW mit der besten Reinigungstechnik ausgerüstet.

Wahrhaftig keine überwältigende Bilanz nach fast 10 Jahren Katalysatorpolitik!

Beim Thema Waldsterben sind keine Verschleiерungsversuche mehr erlaubt. Leidiges Faktum ist:

- 70 Prozent der Stickoxide, Ausgangsstoff für das waldschädigende Ozon, kommen aus dem Kfz-Verkehr
- der Fahrzeugbestand ist in den letzten Jahren explosionsartig angewachsen
- die Zahl der gefahrenen Kilometer pro PKW hat sich verdoppelt
- es werden wieder zunehmend höhere Geschwindigkeiten gefahren.

Dies alles zusammen hat die Anstrengungen zur Verminderung des NO_x -Ausstoßes weit überkompensiert.

Ergebnis: heute werden auch in den alten Ländern Hunderttausende Tonnen mehr waldschädliche Stickoxidschwaden aus den Auspufftöpfen des Straßenverkehrs ausgestoßen als 1980.

Daß in den neuen Ländern überwiegend Gebrauchtwagen ohne Katalysator in Betrieb genommen wurden, verschärft die Situation noch zusätzlich.

Angesichts dieser Herausforderung und angesichts der Prognosen, wonach der Kfz-Bestand in Deutschland von heute 40 Millionen bis zum Jahr 2010 auf 50 Millionen steigen soll, entpup-

pen sich Instrumente wie zum Beispiel die Einführung eines Geschwindigkeitsbegrenzers für neue Busse und LKW über 10 bzw. 12 t (warum nicht für alle?) als schwächliche Alibimaßnahmen.

Mit der Verabreichung von Hustenbonbons ist ein Lungenkranker nicht zu retten. Im Antrag der SPD-Fraktion wird gefordert, daß ein Schwerpunkt bei der Bekämpfung des Waldsterbens die Verkehrspolitik sein muß. Wir brauchen sowohl ein rasch wirkendes Sofortprogramm, als auch ein Langfristprogramm, das strukturelle Veränderungen möglich macht. Wir brauchen ebenso technische wie ordnungspolitische Maßnahmen.

Zu einem Sofortprogramm sollten zum Beispiel gehören:

- die sofortige Verschärfung der Abgasgrenzwerte für PKW und LKW nach dem Stand der Technik
- die Einführung eines Tempolimits (hilft viel und kostet nichts!)
- der Ersatz der Kilometerpauschale durch eine Entfernungspauschale, weil die Kilometerpauschale nur die Autofahrer privilegiert, die ÖPNV-Benutzer und Fahrradfahrer aber vernachlässigt,
- eine spürbare Reduktion des Kraftstoffverbrauchs beim einzelnen Fahrzeug; durch Einführung des SI-Konzepts bis zum Jahre 2000 könnte der Verbrauch der gesamten PKW-Flotte halbiert werden.

Daneben sind jedoch, für ein Langfristprogramm, dringend Konzepte zur Verkehrsvermeidung und Verkehrsverlagerung erforderlich. Einer der wichtigsten Schritte ist dabei die verursachergerechte Anlastung der externen Kosten des Straßenverkehrs, vor allem des Straßengüterverkehrs, sowie ein rascher Ausbau der Schiene und des ÖPNV. Die Bundesregierung verfährt leider nicht nach dem Motto: das Eine tun und das Andere nicht lassen: sie tut weder das Eine noch das Andere, sie ergreift weder Sofortmaßnahmen noch hat sie ein Langfristkonzept.

Ich betone noch einmal: Waldschäden sind Systemschäden. Über die ökosystemaren Zusammenhänge schweigt sich der Bericht völlig aus. Das gilt auch für den Beitrag der Landwirtschaft zur Schädigung des Waldes. Er wurde bisher gewaltig unterschätzt. Wohlverstanden: Es geht nicht um die bäuerliche extensive Landwirtschaft, - im Gegenteil, bäuerliche Landwirtschaft arbeitet im Gleichgewicht mit der Natur. Es geht um die massenhaften Emissionen, die aus den industrialisierten und hochintensivierten Agrarbetrieben kommen.

85 Prozent der Ammoniakemissionen stammen aus Massentierhaltungen und aus den Riesenmengen an Stickstoffdünger, die beim Intensivanbau auf die Felder gestreut werden. Ein erklecklicher Teil davon entweicht schon beim Aufbringen in die Atmosphäre.

Der Wald wird mit Stickstoff zu Tode gefüttert, Grundwasser und Böden versauern. Im Boden tickt eine Zeitbombe, warnt zu recht die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände. Sie weist gleichzeitig auf die enormen Vermögensverluste hin, die den über 1 Million Waldbesitzern, öffentlichen und privaten, durch den Niedergang der Wälder Jahr für Jahr entstehen.

Überall da, wo durch menschliches Wirtschaften die Naturgesetze langandauernd und sträflich verletzt werden, schlägt das Pendel zurück. Und die Schadenspalette wird breiter und breiter:

- absterbende Bäume und degradierte Böden führen zur Erosion (zu besichtigen beispielsweise im Erzgebirge, aber nicht nur da!)
- verminderte Speicherkapazität der Waldböden und Verlust des Baumbestandes führt zu rascherem Wasserabfluß und erhöht damit die Hochwassergefahr.

Schon 20-30 Prozent Nadelverlust der Bäume haben zur Folge, daß der Wasserabfluß sich verdoppelt; werden die Hänge in den Berggebieten kahl, kommt es zu einer Versechsfachung der ins Tal schießenden Wassermenge.

Der Waldbericht der Bundesregierung täuscht die Öffentlichkeit eher über das wahre Schadensbild hinweg, als daß er sie informiert. Nur mit Aufzeigen der vollen Wahrheit kann man das Bewußtsein schaffen, das zu notwendigen Änderungen führt. Die Änderung der Rahmenbedingungen ist der entscheidende Ansatz; denn nur wenn falsch gesetzte Rahmenbedingungen in der Agrarpolitik, in der Verkehrspolitik, in der Energiepolitik korrigiert werden, gibt es die Chance, neue Wirtschafts- und Verhaltensformen zu entwickeln, die in Einklang mit unseren Ökosystemen stehen und sie nicht zerstören.

Von dieser Erkenntnis ist die Bundesregierung weit entfernt. Sie sollte ihre Lektion schleunigst lernen.

(-/24. Januar 1994/rs/ks)

Integration behinderter Menschen verbessern

Die SPD Baden-Württemberg hat eine Initiative für den Vermögensschutz unternommen

Von Wolfgang Daffinger MdL

Sozial-Experte der SPD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg

Es sind klare gesetzliche Regelungen notwendig, die den Vermögensschutz bei der Beschäftigung in einer Behindertenwerkstatt sicherstellen. Dies ist die Schlußfolgerung aus der Antwort der Landesregierung Baden-Württemberg auf eine entsprechende Initiative der SPD-Landtagsfraktion.

Hintergrund der Initiative war ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes, das in einem Einzelfall, bei dem ein Behinderter über ein erhebliches Barvermögen verfügte, entschieden hatte, daß er die monatlichen Betreuungskosten selbst tragen müsse.

Vor diesem Hintergrund hatten beide Landeswohlfahrtsverbände ihre bisherige Praxis geändert. Zukünftig werden sie in der Frage der Vermögensanrechnung nach den Besonderheiten in jedem Einzelfall entscheiden. Bei den Behinderten ist Unsicherheit über die zukünftige Verwaltungspraxis entstanden. Viele behinderte Menschen fürchten, daß sie zukünftig auch bei verhältnismäßig kleinem Vermögen zur Finanzierung ihrer Arbeitsplätze in der Werkstatt herangezogen werden.

Dies zeigt, wie notwendig es ist, den Vermögensschutz bei Beschäftigung in einer Werkstatt für Behinderte gesetzlich abzusichern. Die Antwort der Landesregierung macht deutlich, daß sich durch das Urteil insbesondere für seelisch behinderte Menschen negative Auswirkungen ergeben können. Die Motivation zum vorübergehenden Besuch einer Behindertenwerkstatt darf durch den damit möglicherweise verbundenen Vermögenseinsatz nicht beeinträchtigt werden.

Zu begrüßen ist die Bereitschaft der Landesregierung, im Rahmen der Beratungen über die Schaffung eines einheitlichen Rehabilitations- und Eingliederungsrechtes für Behinderte nach Lösungen für die gegenwärtig unbefriedigende Situation zu suchen. Die einmalige Chance der Schaffung eines Neunten Buches des Sozialgesetzbuches zur Rehabilitation und Eingliederung Behinderter muß genutzt werden, um die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Integration von Behinderten umfassend zu verbessern.

(-/24. Januar 1994/rs/ks)

Bonn läßt Hälfte der Jugend links liegen
Ein Resümee der vierten Beratungen des "Jugenddialogs"

Von Ralf Walter MdB
Jugendpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

'Jugendhilfe ist Jungenhilfe' Als Jugendliche werden nur die Jungen angesehen, Mädchen kommen da entweder nicht vor oder werden als die andere Hälfte der Jugendhilfe behandelt.* Mit Kritik an der etablierten Jugendpolitik sparten die ReferentInnen nicht beim 4. Jugenddialog der SPD-Bundestagsfraktion in Bonn. 'Geschlechterspezifische Jugendpolitik' war das Thema der jüngsten Diskussionsrunde im Rahmen der für den jugendpolitischen Bereich regelmäßig stattfindenden Beratung der Politik durch Wissenschaftler und Sachverständige aus Verbänden und Verwaltungen.

Die Münchner Professorin Uta Meier (DJJ) wies besonders auf arbeitssoziologische Benachteiligungen von Mädchen und Frauen hin. Dies beginne bereits mit Schule und Ausbildung. Kein Zufall sei es, daß 'typische Frauenberufe' gerade da verortet würden, wo nur wenig Geld zu verdienen sei. Bereits ein Lehrling verdiene im Dachdeckerhandwerk das Dreifache wie in der Textilindustrie. Schon in der Jugend 'werden geschlechtsspezifisch die Zugangschancen zu Einkommen und Wohlstand reguliert' - fast immer zum Nachteil der Mädchen und Frauen. Frau Meier hielt eine grundsätzliche Infragestellung des Berufsbildungssystems für erforderlich, um die bestehenden Ungleichheiten zu überwinden: 'Ohne eine Umbewertung und Neuverteilung der Arbeit wird es keine wirkliche Gleichheit zwischen den Geschlechtern geben.' Positiv bewertete die Wissenschaftlerin in diesem Zusammenhang die mädchenpolitischen Leitlinien der SPD, die die Problematik in zutreffender Weise wiedergäben.

Der Dresdner Soziologe Lothar Boenisch wies in diesem Zusammenhang auf die anhaltende Reduzierung des Arbeitsbegriffs auf Erwerbsarbeit, sowie damit verbunden auf die nicht honorierte 'reproduktiven Tätigkeiten in Kindererziehung, privater Pflege' und so weiter hin. Die Einschränkung der Arbeit auf das Geldverdienen führe in eine gesellschaftliche Sackgasse. Es sei an der Zeit, diese Art der Arbeitsgesellschaft in Frage zu stellen.

Daß mädchen-spezifischen Bedürfnissen entsprechende Institutionen keine Berücksichtigung im Rahmen des Kindes- und Jugendhilfegesetzes (KJHG) fänden, kritisierte die Sozialpädagogin Claudia Wallner (Institut für soziale Arbeit, Münster). 'Mädchenarbeit wird immer noch als die Spielwiese unterbeschäftigter Pädagoginnen angesehen' kritisierte sie, sah jedoch einige positive Ansätze in Ausführungsgesetzen einzelner Länder zum KJHG. Ziele müßten in der Jugendhilfe eine Verbesserung der Chancengleichheit sowie die überfällige Regelförderung von mehr Mädchenprojekten sein. Diese nämlich seien aus autonomen, also nichtstaatlich finanzierten Initiativen entstanden und würden häufig bis heute nicht gefördert, während Maßnahmen für Jungen fast immer durch öffentliche Gelder finanziert würden.

Nicht nur die Mädchenpolitik ist jugendpolitische Diaspora. So vertrat der Leiter der Heimvolkshochschule Ate Molkerei Frille im nordrhein-westfälischen Petershagen, Franz-Gerd Ottemeier, die Ansicht, auch eine emanzipatorische Jugendarbeit sie noch immer sozialpolitisches Neuland, von wenigen Ausnahmen abgesehen. Ottemeier stellte Projekte vor, in deren Rahmen mit Jugendgruppen männliches Rollenverständnis, Methoden der Konfliktlösung und das Geschlechterverhältnis in Frage gestellt wurden. Männliche Sozialisation konditioniere zu Konkurrenzdenken und Machtdemonstrationen, zu einem ständigen Denken in den Kategorien von

Gewinnern und Verlierern. Indem sich Männer noch immer eine gesellschaftliche Vormachtstellung erhalten hätten, würden sie für die mit diesen Denkweisen erlittenen emotionalen Defizite und Mängel entschädigt.

Mädchen lernen früher soziales Verhalten

"Männer sind weniger in der Lage, ihre Gefühle wahrzunehmen und können sie auch nicht für wahr nehmen." Dagegen versuchten Ottemeiers Seminar-Programme den Jungen Solidarität zu vermitteln. "Jungen müssen den Umgang mit dem Fremden lernen, und Weiblichkeit ist das erste Fremde." Indem Mädchen schon viel früher die Übernahme zur Verantwortung und Pflichten abverlangt würde, lernten sie im Gegensatz zu Jungen frühzeitig soziales Verhalten.

"In der Erziehung fehlen Männer!" Dies muß nach Ansicht von Ottemeier eine der in der Konsequenz zu formulierenden Aufträge an die Politik sein. Dies betreffe sowohl die Erziehungsberufe, in denen Kinder Zuwendung fast nie von Männern erfahren, wie auch die verstärkte Beteiligung von Männern an der Erziehung ihrer eigenen Kinder. Er äußerte Sympathie für eine schwedische Regelung: Väter und Mütter müssen den Erziehungsurlaub je zur Hälfte nehmen, ansonsten verfallt er. Überdies sei die Schaffung von mehr Teilzeitarbeit wichtig mit dem Ziel, so Freiräume für familiäres Leben zu schaffen. Dies sei nicht zuletzt auch von Politikern zu verlangen.

Ottemeier sprach sich resümierend für eine geschlechtsspezifische Sichtweise bei allen jugendpolitischen Maßnahmen aus. Nur so könne man eine ständige Aufteilung in Jungen- und Mädchenarbeit langfristig überwinden.

Auswertung: Die Diskussion sowie die einzelnen Beiträge zeigten Wege auf, die in den nächsten Jahren für die Jugendpolitik vorwärtsweisend sein könnten. Jugendpolitik, so wie sie Franz-Gerd Ottemeier vorstellte, könnte zu einem wichtigen Bestandteil der Bemühungen auch des Staates gegen Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Sexismus werden. Eine so verstandene Jungenpolitik würde über kurz oder lang wieder einmünden in eine rechtverstandene Jugendpolitik, in der auch Mädchen ihre Interessen artikulieren und wiederfinden könnten. Für Jugendpolitiker heute könnte dies zu einer konkreten Utopie werden, die aber keineswegs unrealistisch sein müßte.

Der Status quo jedoch gebietet entschieden mehr Hilfe für Mädchen heute. Die Konzentration auf Jungen, und hier besonders die, die notfalls mit Gewalt auf sich aufmerksam machen, hat die Hälfte der Jugend links liegen lassen. Es ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, daß Jugendpolitik die Sorgen und Bedürfnisse von Mädchen erheblich stärker in den Blick nimmt. Es ist auch nicht nur die Frage eines wohlgeklärten Selbstverständnisses von Jugendpolitik. Es muß auch besonders darum gehen zu erkennen, wo, in welcher Weise und durch welches und wessen Verhalten Mädchen und Frauen noch immer der Unterdrückung unterliegen.

(-/24. Januar 1994/rs/ks)
